Landkreis Uckermark
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Prenzlau, den 28.05.2018
Tel. 03984/701007

Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 17.05.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 17.05.2018
Zeit: 17:00 Uhr –17:57 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB	
Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB	
Frau Susan Jahr	SPD/BVB	
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB	

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU	(ab 17:04 Uhr)
Herr Volkhard Maaß	CDU	

Fraktion DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE

Verwaltung

Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Frau Dr. Michaela Hofmann	Amtsleiterin Gesundheits- und Veterinäramt
Herr Michael Steffen	Leiter Jobcenter

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages

Abwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Andreas Meyer	CDU	entschuldigt
Herr Manfred Suhr	CDU	

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	entschuldigt

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR	entschuldigt

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM	entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Eva-Maria Meister	CDU

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Poppe begrüßt die Mitglieder des ASGA, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, die Amtsleiterin des Gesundheits- und Veterinäramtes Frau Dr. Hofmann und den Leiter des Jobcenters Herrn Steffen.

Herr Poppe teilt mit, dass sieben Ausschussmitglieder und ein sachkundiger Einwohner anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Poppe merkt an, dass keine Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung vorliegen.

Da es keine Änderungen zur Tagesordnung gibt, gilt die übersandte Tagesordnung als bestätigt.

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
   2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 22.02.2018 - öffentlicher Teil
   003/2018
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
8. Jobcenter Uckermark - Bericht zum 1. Quartal 2018
   BR/069/2018
9. Krätzeerkrankungen im Landkreis Uckermark - Maßnahmen des Gesundheitsamtes zur Ausbruchsprävention
   BR/084/2018

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 22.02.2018 - öffentlicher Teil
003/2018

Herr Poppe stellt fest, dass in der vorgegebenen Frist keine Einwendungen gegen die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 22.02.2018 – öffentlicher Teil im Kreistagsbüro eingegangen sind und die Niederschrift somit als bestätigt gilt.

(Herr Banditt kommt um 17:04 Uhr.)

zu TOP 4: Informationen

Herr Fillbrunn informiert über den aktuellen Stand zum Bundesteilhabegesetz. Er teilt mit, dass der Träger der Eingliederungshilfe bis heute noch nicht durch das Land bestimmt worden ist. Herr Fillbrunn weist darauf hin, dass der Träger der Eingliederungshilfe bisher immer die Sozialämter waren und alle Landkreise in Brandenburg davon ausgehen, dass es auch künftig die Sozialämter sein werden. Er merkt an, dass es allerdings seitens der Trägerverbände starke Bestrebungen dahingehend gibt, dass das Land diese Aufgabe zukünftig selbst machen soll.

Herr Fillbrunn merkt zum Thema Ausführungsgesetz zum SGB XII an, dass seitens des Bundes lediglich Rahmenbedingen geschaffen wurden und dass das Ausführungsgesetz zum SGB XII seitens des Landes noch nicht vorliegt. Herr Fillbrunn teilt mit, dass im 2. Halbjahr 2018 der Gesetzesentwurf hierzu vorgestellt werden soll.

Abschließend informiert Herr Fillbrunn noch über die Bestimmung eines landeseinheitlichen Instrumentes zur Bedarfsfeststellung.

Die angesprochenen Themenkomplexe werden als ausführlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Niederschrift als Anlage beigefügt (s. **Anlage 1**)

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Poppe merkt an, dass keine Einwohneranfragen bestehen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Poppe informiert, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

Herr Poppe teilt mit, dass keine Anträge vorliegen.

zu TOP 8: Jobcenter Uckermark - Bericht zum 1. Quartal 2018
Vorlage: BR/069/2018

Herr Steffen merkt an, dass Anregungen der Ausschussmitglieder aufgegriffen und der Bericht dahingehend etwas umstrukturiert wurde. Des Weiteren teilt er mit, dass noch zusätzliche Informationen in den Bericht mit eingeflossen sind.

Herr Steffen geht auf inhaltliche Schwerpunkte des Berichtes ein. Er weist u.a. auf Seite 5 des Berichtes hin, wo Sonderinformationen zu ersehen sind, die nicht in jeden Bericht einfließen könnten, da diese erst in einem bestimmten zeitlichen Abstand zur Verfügung stehen. Er sagt jedoch regelmäßige Informationen in diesem Zusammenhang zu. Herr Steffen nimmt u.a. Bezug auf Seite 5, Abbildung 4 und merkt zur Zahl der Aufstocker an, dass 7,3 % + 93,1 % über 100 % ergeben würden, was eigentlich nicht möglich ist. Er begründet diese Angaben damit, dass 11 Personen davon sowohl einer selbstständigen Tätigkeit als auch einer abhängigen Beschäftigung nachgehen.

Frau Knudsen nimmt auf Seite 10 des Berichtes Bezug und hinterfragt den dort ausgewiesenen rückläufigen Anteil der Antragstellungen bei Bildung und Teilhabe. Herr Steffen begründet diese Angaben u.a. damit, dass es weniger Kinder im Leistungsbezug SGB II und es somit auch potentiell weniger Antragsteller gibt. Er merkt an, dass sich die Zahl der Antragsteller in den letzten Jahren reduziert hat und sich auch in den nächsten Jahren weiter reduzieren wird. Herr Steffen weist noch darauf hin, dass die Rückläufigkeit der Antragstellungen nicht darauf zurückzuführen ist, dass diese Leistungen nicht bekannt sind.

Herr Sebastian Tattenberg nimmt auf die inzwischen etwas entspannte Arbeitsmarktsituation Bezug und möchte wissen, wie seitens der Verwaltung die Entwicklung im Bund hinsichtlich der zukünftigen Bereitstellung entsprechender Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeschätzt wird.

Herr Steffen merkt an, dass im Koalitionsvertrag u.a. vereinbart wurde, pro Jahr eine Milliarde Euro zusätzlicher Mittel in die Hand zu nehmen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in allen Landkreisen ein hoher Anteil an Langzeitleistungsbeziehern und Langzeitarbeitslosen zu verzeichnen ist. Herr Steffen macht u. a. darauf aufmerksam, dass Zeit und Trägerstrukturen benötigt werden, um arbeitsuchende Menschen in vielfältiger Weise dahingehend zu unterstützen, Vermittlungshemmnisse abzubauen mit dem Ziel, diese wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Herr Steffen weist noch auf ein gemeinsames kreisliches Modellprojekt in Zusammenarbeit mit MUK, ABW und LAFP hin, wo Menschen in einer sozialbetrieblichen Struktur über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Er weist darauf hin, dass dieses Projekt bisher sehr erfolgreich war, da viele Personen dadurch tatsächlich den Weg in den ersten Arbeitsmarkt geschafft haben.

Herr Banditt merkt als Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport (KBSA) u.a. an, dass Arbeit und Bildung eng im Zusammenhang stehen und macht auf die bereits diskutierte Problematik der Schulabbrecher aufmerksam. Er informiert in diesem Zusammenhang über ein Gespräch bei Frau Konstanze Hildebrand, Geschäftsführerin Operatives, des Arbeitsamtes Barnim-Uckermark. Herr Banditt teilt mit, dass Frau Hildebrand ihre Bereitschaft signalisiert hat, in der Sitzung des KBSA Anfang September 2018 über die Möglichkeiten der Qualifizierung oder des Auffangens von Schulabbrechern zu informieren.

Herr Poppe begrüßt den Vorschlag von Herrn Banditt und weist u.a. darauf hin, dass voraussichtlich in der nächsten Sitzung des ASGA bereits über Eckpunkte des neuen Arbeitsmarktprogrammes diskutiert werden wird.

Herr Kuschel nimmt auf Seite 6 des Berichtes Bezug und spricht die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit an. Er möchte mit Blick auf die Eckpunkte des Arbeitsmarktprogramms u.a. wissen, ob schon darüber nachgedacht wurde, Bereiche wie Familienbildung, formale und non-formale Lernorte gleichzustellen und ob dieses schon im Arbeitsmarktprogramm berücksichtigt wurde. Herr Kuschel plädiert in Bezug auf die Bildung von Langzeitarbeitslosen dafür, nicht große Bildungsoffensiven zu starten, sondern in kleineren Einheiten zu agierten.

Herr Steffen macht darauf aufmerksam, dass Arbeitsmarktprogramme nicht fest sind, sondern ständig überdacht werden. Er teilt u.a. mit, dass von bisher früher praktizierten größeren Bildungsmaßnahmen inzwischen zugunsten individueller Bildungsmaßnahmen übergegangen wurde und die Ausschreibungen von Bildungsmaßnahmen offener gestaltet werden sollen.

„Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Berichtsvorlage zur Kenntnis."

zu TOP 9: Krätzeerkrankungen im Landkreis Uckermark - Maßnahmen des Gesundheitsamtes zur Ausbruchsprävention
Vorlage: BR/084/2018

Frau Dr. Hofmann berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über - Krätzeerkrankungen im Landkreis Uckermark - Maßnahmen des Gesundheitsamtes zur Ausbruchsprävention.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden wird die PowerPoint-Präsentation der Niederschrift als Anlege beigefügt (s. **Anlage 2**)

Frau Dr. Hofmann beantwortet im Anschluss an ihren Vortrag Nachfragen der Ausschussmitglieder, insbesondere zur Inkubationszeit bei Krätzeerkrankungen sowie zur Diagnostik von Krätzeerkrankungen durch Hautärzte. Sie teilt in diesem Zusammenhang u.a. mit, dass die Diagnostik einer Krätzeerkrankung viel Erfahrung und Schulung seitens der Hautärzte erfordert. Frau Dr. Hofmann benennt als Inkubationszeitraum für Krätzeerkrankungen einen Zeitraum ca. 6 bis 8 Wochen.

„Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nehmen den Inhalt der Berichtsvorlage zur Kenntnis."

zur Kenntnis genommen:

In Vertretung.

gez. Heiko Poppe
Ausschussvorsitzender

gez. Bernd Brandenburg
1. Beigeordneter

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer